Paris, 7. März. Boulevard. 4% Rente 76,81. Anleihe 106,08. Italiener 93,85. Türken —. Türkenlooste —. Spanier 61,18. Egypter 334,00. Ottomanen 642,00. Oesterreicher 685,00. Lombarden 321,00. Fest.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Geschäfts- und Wirthschafts-Bücher
eigenes Fabrikat.
Lager von
Haupt- u. Cassebüchern
Wechselcontren etc.
Specialität: Copirbücher u. Bücher für Landwirthschaft.
Extraanfertigungen jeder Art schnell und exact.
Princip: Bestes Material, gute und verlässliche Arbeit.
G. H. Rehfeld & Sohn,
Dresden-N.,
Hauptstrasse 24.

Eis-Formen
für Conditoren, in 200 Gattungen,
Eis-Maschinen
in verschiedenen Constructionen offerirt zu billigsten Preisen
Julius Böhmer, Kgl. Hoflief.,
Badergasse.

Grosse Geflügel-Ausstellung.
Siehe 8. Seite.

Bouillon-Maschinen
zur Erzeugung compr. Bouillon, aus bestem Metall gefertigt, hält stets Lager
Julius Böhmer, Kgl. Hoflief.,
Badergasse.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Schuhwerk aus Tuch, Tricot und Kameelhaar, für Herren, Damen u. Kinder, nach Maass. Osc. Lehmann, Schloss-Strasse No. 21.

Nr. 68. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 8. März: Schwacher unbest. Wind, ziemlich trübe, keine od. geringe Niederschl., Temperatur wenig verändert. | Dresden, 1884. **Sonnabend, 8. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ueberraschungen hat die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages Niemandem gebracht. Man kannte ihren Inhalt im Voraus: eine Aufzählung der gesetzgeberischen Arbeiten, die den Reichstag beschäftigen werden. Neues Material, als das bereits hinreichend in der Presse erörterte, kündigt denn auch die Thronrede nicht an; eher vermißt man die Erwähnung der Marine-Vorlage, doch wird die Geldforderung zur Torpedobeschaffung, 18,700,000 Mk., gar bald dem Reichstage zugehen. Wie die Berliner Thronreden hergebrachtermaßen, trägt auch die letzte den Charakter der Nüchternheit und Geschäftsmäßigkeit. Doch ist die Entschiedenheit wohl zu beachten, mit der die Thronrede den Volksvertretern die Forderung der Sozialreform einschärft. Mit der Betonung dieser Nothwendigkeit hebt die Staatsschrift an und füllt mit ihr das Aktenstück weitaus zur Hälfte. Sie errichtet damit ein weithin sichtbares Leuchtfeuer, das den Schiffern auf den parlamentarischen Gewässern als Wegweiser in den Hafen sozialer Eintracht dienen und vor dem Auflaufen in die Untiefen des Klassenkampfes warnen soll. Möge die Volksvertretung den Blick fest gerichtet auf diese ideale Höhe halten! Dann wird es auch Zeit sein, die Ausnahmemaßregeln des Sozialistengesetzes wieder zu beseitigen und zu normalen Rechtszuständen zurückzukehren. In zutreffenden Worten betont die Thronrede, daß der ganze Zweck der Sozialreform in ihren drei Etappen: Krankenkassengesetz, Unfallversicherungsvorlage, Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter, eine „Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung ist" und „in dieser die Segnungen der friedlichen Entwickelung des geeinten Vaterlandes zum vollen Bewußtsein bringen soll." Die Reichsregierung folgt also bei ihrem „Staatssozialismus" als Leitstern der sozialen Gerechtigkeit. Dann stellt sich als Ergebniß eine Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, eine Stärkung der produktiven Arbeit und die Einschränkung der Uebermacht des Kapitals von selbst ein. Es ist bezeichnend, daß der Ankündigung der Sozialreformgesetze hart auf dem Fuße die Vorlegung eines neuen Aktiengesetzes folgt, welches die schweren Uebelstände bei der Kapitalzusammenwerfung und der Verwaltung fremden Eigenthums wenigstens theilweise beseitigen soll. Es ist natürlich, daß diejenige Presse, die dem hartherzigen Kapitalismus dient, gar nicht erbaut ist von dieser hoffnungsvollen Doppelaktion der Reichsregierung. Ehe jedoch darüber Etwas zu bemerken, sei noch kurz der Schlußsätze gedacht, welche die Thronrede den Beziehungen Deutschlands zum Auslande widmet. Sie sind der Ausdruck der tiefsten Ueberzeugung von der Fortdauer des Friedenszustandes, der in Europa waltet und der seine Segnungen hoffentlich noch recht lange diesem Erdtheile angedeihen läßt.

Die Fortschrittspartei hat ihre alte Fahne wieder zusammengerollt, verzichtet auf ihren Namen und hat sich mit den Secessionisten zu einer neuen Partei verschmolzen, an welcher der Name als das Beste gelten könnte, wäre er nur nicht selbst wieder der größte Humbug. „Deutsche Freisinnige Partei" nennt sich die neue Verbrüderung, an welcher nur das Deutschthum Vorwand und die Freisinnigkeit Maske für die ärgste Bedrückung ist. „Internationale Kapitalistenpartei" wäre die zutreffendste Bezeichnung dieser Vereinigung von Freihändlern und Vertretern des Großkapitals. Der Schatten des todten Lasker hat diese Verbrüderung gesegnet, Bamberger ist die leitende Seele geworden und Freiherr v. Stauffenberg ist immer das respektable Aushängeschild, um die Wähler anzulocken, in dem neuen Geschäft des internationalen Schacherthums zu kaufen. Die Sezessionisten, die sich einst unter Laskers und Bambergers Führung von den Nationalliberalen trennten, suchen jetzt bei den Fortschrittlern Rückendeckung; der Geist der goldenen Internationale schwebt segnend über der neuen Allianz. Es sind denn auch vorzugsweise die talmudistischen Federn der Berliner Zeitungen, die in Wonne schwelgen. Versprochen wird in dem Programm außerordentlich viel; was kann man nicht Alles versprechen! Wer aber sich nicht blos an tönende Worte hält, sondern die Dinge nach ihrem Grund untersucht, gewahrt leicht, daß die goldene Internationale alle ihre Mannen versammelt, um das große Reformwerk, welches die glorreiche Laufbahn Kaiser Wilhelms krönen soll, zu hintertreiben. Ihr ist das Deutschthum, wie das Streben nach sozialem Frieden in gleichem Maße fremd. Kann Etwas „Deutsch" sein, was im Namen Laskers geschieht? Ist „freisinnig" ein Unternehmen, dessen letztes Ziel doch in der Unterjochung aller Völker unter die Herrschaft des Großkapitals zu suchen ist? Wenn zwei bankerotte Firmen, wie die Fortschrittspartei und die Sezessionisten, sich zusammenthun, so werden sie deshalb nicht zahlungsfähig. Man kann's „Konsolidiren" nennen, im Grunde ist's doch nur eine andere Bezeichnung für pleite. Die neue Partei ist aus der Erkenntniß hervorgegangen, daß die Volksmassen sich immer mehr von den Verführungskünsten der Fortschrittler und Sezessionisten abkehren und den großen heilsamen Grundgedanken der sozialen Reform zuwenden; da galt es noch einen letzten Versuch zu machen und durch Etablirung einer neuen Firma die verloren gegangene Kundschaft wieder heranzuziehen. Obs gelingen wird, steht sehr zu bezweifeln.

Möglich ist es schon, daß die neue Firma im Anfange etliche Geschäftchen macht. An Rührigkeit wird sie's nicht fehlen lassen. Ihr erster Streich gilt der Beseitigung des Abg. Ackermann aus dem Reichstagspräsidium. Der bundesstaatliche Charakter, der sich in der Theilung des Präsidiums an einen Preußen, Bayern und Sachsen (v. Levetzow, v. Frankenstein und Ackermann) ausdrückte, ist den Einheitsstaatlern ohnehin nicht angenehm und deren giebt es in der neuen Partei genug. Außerdem ist derselben Herr Ackermann als ein energischer Vertreter der Sozialreform ganz besonders verhaßt. So kann es denn kommen, daß nicht mehr die Fahnen schwarzweiß, blauweiß und weißgrün über dem Präsidium wehen, sondern Herr Bamberger seinem neuen Parteibruder Hähnel die Leiter zum Präsidentensitze hält. Der Telegraph wird berichten, ob Bamberger freudig um die neue Bundeslade tanzt, wie einst David that.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 7. März.

Berlin. Synagogenbrandprozeß. Der Fleischer Kästner sagte aus, er habe den Hauptbelastungszeugen gegen die Juden, den Knecht Buchholz mit einer Zündschnur beim Steinesprengen beschäftigt gesehen. Kästner wurde vereidigt und die Plaidoyers begannen sodann. Nach 1½stündiger Rede beantragte der Staatsanwalt gegen die 4 Angeklagten Verurtheilung wegen Hilfeleistung bei Brandstiftung.

Wien. Das „Fremdenblatt" bezeichnet die deutsche Thronrede als ein Musterstück ernster staatsmännischer Offenbarung; noch niemals habe sich vom Throne herab eine warnende Stimme, durch durchgreifende Reformen den revolutionären Bestrebungen den Boden zu entziehen, eindringlicher vernehmen lassen. Die Lösung aus Parteizwecken oder Klasseninteresse zu verhindern oder hinauszuschleppen, wäre ein Verbrechen, welches sich an der ganzen bürgerlichen Gesellschaft furchtbar rächen würde. Die Worte des Kaisers über die äußeren Beziehungen würden überall den freudigsten Widerhall finden. Durch diese mannhafte, rückhaltslose Erklärung würden zaghafte Befürchtungen und schadenfrohe ausgedeutete Unterstellungen wie Laub vom Winde weggefegt werden. Die „Neue freie Presse" hält es für zweifellos, daß die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck berechtigt sei, sich selbst ein glänzendes Zeugniß auszustellen.

Berlin. Der Reichstags-Präsident theilte ein Schreiben des Reichskanzlers mit, wonach das freisprechende Urtheil in Sachen Geser und Frohme wegen Betrugs rechtskräftig geworden sei. Hierauf war Präsidentenwahl. Windthorst schlug vor, auf Grund des Einvernehmens der Fraktionen per Acclamation wieder zu wählen: v. Levetzow als Präsident, v. Frankenstein als ersten Vice-Präsidenten, neu zu wählen: Amtsrichter Hoffmann in Berlin als zweiten Vice-Präsident. Der Vorschlag wurde angenommen, die Gewählten nahmen an. Hoffmann gehört zur neuen freisinnigen Partei, war bisher Fortschrittler und ist im Uebrigen ganz unbekannt, so daß sich Windthorst nach der Richtung des neuen Vice-Präsidenten erkundigen mußte. Nach Wiederwahl der bisherigen Schriftführer theilt der Präsident mit, daß seit der letzten Session mit Tode abgegangen Frhr. v. Adelebsen, Marrard, Lasker, Ludwig, gedachte besonders der langjährigen hervorragenden Parlamentsthätigkeit Lasker's. Das Haus ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Rickert nahm zur Geschäftsordnung das Wort: Namens der zahlreichen Freunde Lasker's danke er für die zahlreichen Beweise von Theilnahme beim Verlust dieses ausgezeichneten Mannes, danke insbesondere dem Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten (Beifallsalve links, Oho! rechts). Freiherr v. Hammerstein: Der Vorredner hat die Rednertribüne des Reichstags benützt, um einer auswärtigen Repräsentation in demonstrativer Weise zu antworten (furchtbarer Lärm links). Ich protestire gegen dieses Verfahren. Hähnel: In England sei es parlamentarische Sitte, wenn ein so hervorragender Führer wie Lasker verstorben ist, ein ehrendes Wort für denselben zu sprechen. Wir haben diese Sitte nicht, aber wir haben versucht, die Lücke auszufüllen, was Hammerstein gerügt hat. Der Präsident verweist Hähnel auf die Geschäftsordnung. Hähnel: Ich konstatire, daß uns das Wort abgeschnitten ist. Richter-Hagen: Wir werden in Zukunft gerade so verfahren wie heute und gegen das Vorgehen der Rechten und gegen die unbefugte Einmischung des Reichskanzlers (Lärm) — Staatssekretär Bötticher: Ich erkläre, daß von einem Einmischen des Reichskanzlers nichts bekannt sei. Wenn der Reichskanzler die Uebermittlung der Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses ablehnte, so hielt er dies für Recht und eine Kritik dieses Verfahrens untersteht weder diesem Hause noch einzelnen Mitgliedern desselben (Beifall rechts, Lärm, Zischen links). Unser Braun beruft sich auf einen Vorgang im preußischen Abgeordnetenhause, welches 1865 beim Tode Richard Cobdens (Vater des Freihandels) Sympathien ausdrückte. v. Maltzahn-Gültz: Wir sind hier im Reichstage und haben uns nach unserer Geschäftsordnung zu richten. Richter: Wir haben das Recht, jede amtliche Handlung des Reichskanzlers einer Kritik zu unterwerfen.

Die **Berliner Börse** eröffnete wieder sehr reservirt, die Bilanz der Diskonto-Gesellschaft berücksichtigte natürlich sehr, aber der Gesammtmarkt wurde dadurch doch nicht in der Weise günstig beeinflußt, wie man hätte erwarten dürfen. Diskonto-Gesellschaft wurden bei großen Umsätzen 4½ Proz. höher, auch Kredit-Aktien waren belebt und höher, während deutsche Bank nachgaben, Kassabanken fest und belebt, deutsche Bahnen nicht ganz fest, ebenso Lombarden und Franzosen, welche letztere in Folge der Wochenunterausnahme etwas schwächer wurden. Elbethal und Nordwestbahn sowie österreichische Kassabahnen dagegen animirt, österreichische Prioritäten sehr still, in Montanwerthen entwickelte sich reges Leben bei steigenden Kourse, die Gewinne sind auf diesem Gebiete theilweis recht ansehnlich. Industrie-Papiere gleichfalls vielfach steigend, deutsche Fonds fest, fremde Renten vielfach schwächer besonders Russen.

Frankfurt a. M., 7. März. Credit 260½. Staatsbahn 269. Lombarden 122½. Galizier 23½. Egypter 66½. Oesterr. Goldrente 77. Gotthardbahn 96½. Distont 2½. Fest.

Wien, 7. März. Credit 323,40. Staatsbahn 316,80. Lombarden 145,60. Nordwestbahn 186. Marknoten 59,22. Ungar. Credit 329,50. Fest.

Paris, 7. März. (Schluß.) Rente 76,40. Anleihe 106,02. Italiener 93,70. Staatsbahn 660,00. Lombarden 320,00. do. Prioritäten 298. Egypter 332. Oesterr. Goldrente 86½. Fest.

London, 7. März. Getreide ruhig, fletig, angekommener Weizen zu Gunsten Verkäufer, Mehl flau.

Lokales und Sächsisches.

— Montag Nachmittag findet im Residenzschlosse eine größere Kgl. Tafel statt, zu welcher außer den hohen Staatsbeamten und höheren Offizieren auch Kammermitglieder geladen sind.

— Zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens wurden von Sr. Maj. dem Kaiser der Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs, Oberst von Minkwitz und Graf von Zech-Burkersroda auf Wören bei Zahlen ernannt.

— Der zu den Bundesrathsarbeiten und zur Reichstagseröffnung nach Berlin gereiste Kgl. Sächs. Bundesbevollmächtigte, Geh. Rath Held, ist wieder in Dresden eingetroffen.

— Der Kammerherr v. Vorberg ist vorgestern Nacht im Alter von 73 Jahren gestorben. Er war Besitzer des vornehmen, etwas tiefliegenden, gartenumgebenen Palais auf der Waisenhausstraße, sowie des Rittergutes Zschorna. 1862 trat er als Rittmeister des 3. Jägerbataillons unter Erhebung zum Oberstlieutenant in den Ruhestand. Herr v. Vorberg zeichnete sich vor vielen seiner Standesgenossen durch wirkliche, von Herzen kommende Bürgerfreundlichkeit aus. Von seinem großen Reichthum machte er den edelsten Gebrauch.

— Der Berathung der Eisenbahn-Petitionen folgt in jedem Landtag die Berathung über eine oft gleiche Menge Straßenbau-Petitionen auf dem Fuße. Ein jeder der Abgeordneten sucht hierbei die Interessen seines Wahlkreises nach Kräften zu vertreten, während sich die Regierung bei diesen Debatten in Schweigen zu hüllen pflegt. So auch gestern. Ueber sämmtliche Petitionen referirt Abg. Kretzner. Abg. Mehnert verwendet sich für die Erbauung einer Thalstraße von Schönfeld nach dem Annaberger Bahnhof, Abg. Fahn für die Petition um Erbauung einer Zugangsstraße von Dröda nach dem Anhaltepunkte Pick, und die Abgg. Päßler und Philipp für den Bau einer Straße von Großröhrsdorf nach Radeberg. Die Petition um Anlage einer Zugangsstraße nach der Haltestelle Starbach wird von den Abgg. Oehmichen und von Bose und die des landwirthschaftlichen Vereins zu Berbersdorf um Herstellung einer Verbindung zwischen der Roßwein-Nossener und der Nossen-Freiberger Chaussee und Verlegung der über Kaltofen und Ottendorf nach Hainichen führenden Straße durch Abg. Mehnert unterstützt. Für Erbauung einer fiskalischen Straße von Station Böhlen über Rötha nach der Leipzig-Borsaer Chaussee bez. um Umwandlung des derzeitigen Kommunikationsweges in eine fiskalische Straße sprechen die Abgg. Abnert, Dr. Heine und Kökert, für Erbauung einer Straße im Friedrichsgrund Abg. Philipp und für den Bau einer Chaussee zwischen Radeberg und Ottendorf Abg. Herrmann. Sämmtliche vorstehende Petitionen werden der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen. Ferner beantragt die Deputation das Gesuch um Erbauung einer Brücke zwischen Loschwitz und Blasewitz, sowie die Petition um den Bau einer Elbuferstraße von Dresden nach Loschwitz zur Zeit auf sich beruhen zu lassen, dagegen das Gesuch um die weitere Verbesserung bez. Verbreiterung der fiskalischen Straße von Loschwitz nach Pillnitz der Regierung zur Erwägung zu empfehlen. Abg. Philipp ist mit diesem Bericht, soweit er die Anlage einer Uferstraße betrifft, nicht mit einverstanden und beantragt, die darauf Bezug nehmende Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. Er ist entschiedener Gegner des Brückenbauprojektes zwischen Blasewitz und Loschwitz. Ferner rügt er wohl in etwas zu scharfer Weise, wie schlecht bis jetzt für eine rechtselbische Verbindung von Loschwitz mit Dresden gesorgt sei, für die doch der Fiskus einzustehen habe. Der Stadtholzweg befinde sich in einem Zustande, der nach dem Baumandat von 1871 geradezu unzulässig wäre. Er könne nur annehmen, daß es der Amtshauptmannschaft bis jetzt an Muth gefehlt habe, der Regierung gegenüber auf eine Verbreiterung des Weges zu dringen. Demgegenüber konstatirt Staatsminister von Nostitz-Wallwitz, daß die Amtshauptmannschaft von Dresden-Neustadt auch in Bezug auf Wegebauten stets ihre Pflicht gethan habe und daß die Amtshauptmannschaften überhaupt nicht in der Lage seien, dem Fiskus über die Erhaltung von Straßen Vorschriften zu machen. Präsident Dr. Haberkorn: Abg. Philipp wird dadurch wohl belehrt sein über den Stand der Sache und die Richtigkeit der von ihm gebrauchten Ausdrücke. Abg. Uhlemann spricht sich gegen den Antrag Philipp aus, während Abg. May denselben befürwortet und Abg. Käferstein für den Bau einer Elbbrücke plaidirt. Hierauf wird der Antrag Philipp mit 27 gegen 19 Stimmen abgelehnt und der Deputations-Antrag angenommen. Eine vom Abg. Kökert befürwortete Petition um den Bau einer Straße von Leipzig über Mockau nach St. Thekla, sowie eine andere um Korrektion der Lohmen-Hohensteiner Straße und der Ueberbrückung des Polenzthales werden der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben, dagegen wird die Petition um anderweitige Regulirung der für das Schneeauswerfen auf fiskalischen Straßen festgestellten Vergütung auf sich beruhen gelassen. Zum Schluß berichtet noch Abg. von Oehlschlägel über den Antrag des Vicepräsident Dr. Pfeiffer und des Abg. Käuffer betreffs der Errichtung eines Gesundheitsmuseums. Nachdem Staatsminister von Nostitz-Wallwitz erklärt, daß die für das Museum im sogen. Kurländer Palais in Aussicht genommenen Räume nicht disponibel seien, da dieselben für den anatomischen Unterricht nicht zu entbehren wären, ändert die Deputation ihren gestern berichteten Antrag dahin, die Regierung zu ersuchen, in dazu geeigneten Räumen ein Gesundheitsmuseum zu errichten und dazu gemeinjährig 17 500 Mark zu bewilligen. In dieser Fassung wird der Antrag einstimmig angenommen.

— Für die Vermehrung der Kgl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft sind für die nächste Finanzperiode 60,000 Mark gefordert, 20,000 M. mehr als im Vorjahre. Diese Mehrforderung findet ihre Erklärung in Folgendem: Wie bekannt, gründete die Ständeversammlung im Jahre 1874 aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung einen Reservefond von 450,000 M. für alle 13 zum Kgl. Hausfideicommiß gehörige Sammlungen, sowie einen Fond für Zwecke der heutigen Kunst (namentlich für die Erwerbung moderner Gemälde) von 300,000 M., beide mit der Bestimmung, nach und nach verausgabt zu werden. Ersterer verstärkte sich, außer durch den Zinsenertrag, durch die jährlich bewilligten Vermehrungsgelder. Diese betrugen 1876—77 76,500 M., seit 1880 jedoch nur noch 40,000 M. Der ganze Fond bezifferte sich im Juni 1883 nur noch auf 13,800 M. und ist gegenwärtig vollkommen aufgezehrt. Von dem Fond für Zwecke der heutigen Kunst ist noch ein Rest von 20,000 M. vorhanden, über den jedoch bereits verfügt ist. An Mitteln zur Vermehrung der Sammlungen wird daher, abgesehen von dem kleinen von Römer'schen Fond, der stiftungsgemäß nur für das Münzkabinet zu verwenden ist, in den nächsten beiden Jahren nur das vorhanden sein, was der Landtag jetzt bewilligen wird. Wenn nun Seiten der Kgl. Generaldirection nicht mehr als 60,000 M. gefordert werden, so ist dies keineswegs geschehen, weil eine solche Summe den Aufgaben der Sammlungen gegenüber für ausreichend erachtet würde, sondern weil man gegenüber dem unerläßlichen Postulate für den Umbau des Zeughauses die Beantragung eines neuen Fonds auf die nächste Finanzperiode verschieben zu müssen geglaubt hat. Von diesen 60,000 M. werden entfallen 25,000 M. auf die Königl. öffentliche Bibliothek, 6000 M. auf das Kupferstichkabinet, 6000 M. auf beide archäologische Sammlungen, 6000 M. auf das zoologisch-anthropologische und ethnographische Museum, 1700 M. auf das mineralogisch-geologische und prähistorische Museum, 2500 M. auf die Porzellan- und Gefäß-Sammlung. Die übrig bleibenden 12,800 M werden theils den übrigen Sammlungen, außer der Gemäldegalerie, zugewendet, theils sind von denselben die Gypsformerei, die beiden Galeriekupferstichwerke und die im Gange befindlichen literarischen Unternehmungen zu unterhalten.

— Ueber die Steuerfragen ist es seit Wochen auf dem Landtage merkwürdig still gewesen; doch nunmehr wird die Entscheidung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Wie man uns berichtet, bringt die Finanzdeputation der 2. Kammer folgenden Antrag ein: der Staatsregierung zur „Erwägung" anheimzugeben, den Wegfall der Schlachtsteuer, sowie der drei untersten Klassen der Einkommensteuer und eine Abminderung der Steuerkala bei den nächstfolgenden Klassen bis zu 1200 Mark Jahreseinkommen in Aussicht zu nehmen. In der laufenden Finanzperiode fällt daher nur der 20procentige allgemeine Zuschlag weg; hingegen soll das